

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscheint

wöchentlich drei Mal und zwar
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-
abend. Insertionspreis: die
kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im
amtlichen Teile die gespaltene
Zeile 30 Pf.

Abonnement
viertelj. 1 M. 25 Pf. einschließl.
des „Mittl. Unterhaltungsbl.“
u. der Humor. Beilage „Seifen-
blasen“ in der Expedition, bei
unseren Boten sowie bei allen
Reichspostanstalten.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

55. Jahrgang.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Nr. 20.

Sonnabend, den 15. Februar

1908.

Königliche Baugewerkschule zu Plauen i. V.

Unterrichtsbeginn im Sommerhalbjahr am 27. April 1908. Anmeldungen bis zum 15. März. Aufnahmeprüfung am 25. April. — Durch die Einrichtung der Sommerkurse ist zur Zeit den Schülern anderer, nicht staatlicher Baugewerkschulen Gelegenheit zum

Uebertritt in die entsprechenden Kurse einer staatlichen Baugewerkschule geboten, um dadurch einer Vorbedingung für die Ablegung der sächsischen Baumeisterprüfung zu genügen. — Im IV. Kurs Vorträge über Eisenbetonbau.

Plauen i. V., am 15. Februar 1908.

Die Direktion der Kgl. Baugewerkschule.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Die Vorbereitungen für die Fahrt des Kaisers nach dem Süden sind im Gange. Am 6. März soll die Abreise nach Korfu erfolgen. Bis dahin werden also die schwebenden politischen Angelegenheiten zur Entscheidung gebracht, wird der neue Schatzsekretär ernannt und die endgültige Entscheidung über die Behandlung der Steuerfrage getroffen sein. Der Aufenthalt des Kaisers im Süden zielt bekanntlich ab auf eine Nachkur nach den Frühwintertagen von Nischlitz, dürfte sich also auf eine längere Zeit erstrecken, jedenfalls bis zum Eintritt warmer Witterung im deutschen Norden.

— Im reichsparteilichen Verein zu Freiburg i. B. hatte ein Vorkandsmitglied, Oberstleutnant a. D. Graf Rößern, im Dezember v. J. Gedanken über die Notwendigkeit staatsbürgerlicher Erziehung in der Schule zum Gegenstand eines längeren Vortrages gemacht, der jetzt auch im Druck erschienen ist. Ein Exemplar wurde von dem Verfasser dem Reichstagskanzler zugesandt, begleitet von näheren Ausführungen, worin u. a. auch darauf hingewiesen war, daß am 8. Januar d. J. die Hamburger Bürgerschaft einen nahezu einstimmigen Beschluß über die Erteilung staatsbürgerlichen Unterrichts in den Schulen Hamburgs gefaßt hat. In einem an den Oberstleutnant a. D. Grafen Rößern gerichteten Dankschreiben bekundete Fürst Bülow sein Interesse für die angeregte Frage und bemerkte: „Die Zersplittertheit und Schwäche unseres staatlichen Lebens in vergangenen Jahrhunderten hat in unserem Volke die Entwicklung staatsbürgerlichen Gemeinnsinns verlangsamt, der für die Kraft einer Nation so viel bedeutet. Um so mehr Veranlassung haben wir, in unserer heranwachsenden Jugend das Verständnis für die dem deutschen Volke gestellten politischen und nationalen Aufgaben zu fördern.“

— Rußland. Die Gerüchte von einem Attentat auf den Zaren wurden vor einigen Tagen offiziös von Petersburg aus dementiert. Dieses Gerücht erklärt sich vielleicht aus nachstehender Mitteilung englischer Blätter: Vor ungefähr 14 Tagen soll die Kaiserin, als sie das Schlafzimmer des kleinen Zarowitsch betrat, überrascht gewesen sein, einen Brief auf dem Bette zu finden. Dieser Brief habe ein „Todesurteil“ der Terroristen enthalten. Er habe angeordnet, der Zarowitsch sei seinem Geschick verfallen. Auch das Geschick des Zaren sei besiegelt. Man habe sofort Geheimpolizisten in Tätigkeit gesetzt und ein ganzes Netzwerk geschickt verborgener elektrischer Drähte gefunden. Diese Drähte hätten mit 17 Bomben in Verbindung gestanden. Diese im Valaste verteilten Bomben hätten durch Druck auf einen elektrischen Knopf zur Explosion gebracht werden können und würden einen großen Teil des Gebäudes oder auch den ganzen Palast zerstört haben. Man habe beschlossen, die Sache geheimzuhalten, aber sie sei bekannt geworden und zu einem Gerücht über die Ermordung des Zaren und der Zarin ausgewachsen. Es stehe jedenfalls fest, daß die Terroristen in der unmittelbaren Umgebung der kaiserlichen Familie Mitverschworene hätten, und daß die Mitglieder dieser Familie deshalb in Gefahr schwebten.

— Frankreich. Auf der Rückreise von Lissabon hat sich Prinz Eitel Friedrich von Preußen auch in Paris aufgehalten und machte dort Dienstag früh im Automobil mit dem Botschaftsattaché Frank eine Spazierfahrt durch Paris und über den Konfordinaplay durch die Rue de la Paix nach dem Invalidendom, wo er von dem General Nioz, dem Direktor des Museums, begrüßt wurde. Der einen Zivilanzug tragende Prinz ließ sich sofort nach dem Grabe Napoleons führen, wo er lange verweilte, und besuchte dann die Kapelle und das Museum, wo er die Erklärungen des General Nioz mit dankbarer Aufmerksamkeit entgegennahm. Der Prinz hat durch die natürliche Frische seines Wesens und die rege Teilnahme, welche er den großen Erinnerungen Frankreichs erwies, sich rasch alle Sympathien gewonnen. Um 11 Uhr verließ der Prinz den Invalidendom und fuhr durch die Champs Elysées nach dem Arc de Triomphe und später nach den Magasins du Louvre. Hier wurde der Prinz erkannt und war sofort von Kunden umgeben, die ihn ehrerbietig begrüßten. Die Blätter sprechen ihr Bedauern darüber aus, daß der Prinz das Pariser Stadtbild von Sacre Coeur wegen des Frühnebels nicht voll genießen konnte. Es sei schade, daß der sympathische Prinz von den Pariser Sehenswürdigkeiten nur eine geringe Anzahl zu besichtigen Zeit hatte.

— England. Die englische Flottenliga fordert in einem offenen Briefe alle Vaterlandsfreunde auf, gegen die Herabsetzung des Marinebudgets Front zu machen.

— Die gesamten Ausgaben für die englische Kriegsmarine sollen sich in diesem Jahre auf etwa 640 Millionen Mark beziffern. Eine solche Höhe haben die Ausgaben für die Flotte in England bisher noch nicht erreicht.

— Vortugal. Unter Vorfig des Königs Manuel fand in Lissabon ein Staatsrat statt, der seine Zustimmung zur Vergabung der wegen Meuterei im April 1906 bestrafte Matrosen gab. Damit ist einem besonderen Wünsche des Königs entsprochen worden, der seine Regierung mit einem ihm verfassungsmäßig zustehenden Gnadenakt einleiten wollte. Außer der Vergabung der Meuterei von 1906 hat der König von Vortugal, wie die Frankfurter Zeitung meldet, eine allgemeine Amnestie für Heer und Marine erlassen, die sich auf Deserteure aus der Armee und Marine erstreckt, sowie auf Offiziere und Mannschaften, die wegen Disziplinvergehen bestraft sind.

Lokale und sächsische Nachrichten.

— Eibenstock, 14. Februar. Gestern wurden hier die ersten Frühlingsboten, 3 Stare, beobachtet.

— Eibenstock. Für die zweite Hälfte des Monats März ist eine weitere Versammlung ergebirgischer und vogtländischer Holzindustrieller in Aussicht genommen, welche sich mit der Lage des Geschäftszweigs und sonstigen die Berufsangehörigen interessierenden Fragen beschäftigen dürfte. In der jüngst in Aue abgehaltenen Versammlung waren die Meinungen über die Geschäftsaussichten in der nächsten Zeit geteilt. Aber allgemein wurde die Notwendigkeit einer Organisation des Geschäftszweigs anerkannt. Dringend wurde ein Zusammenschluß der Holzinteressenten, die Einführung mäßiger Normalpreise und einer einheitlichen Sortierung, die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs und der Beitritt zum Verein sächsischer Holzindustrieller, speziell zur Sektion Plauen-Eibenstock-Aue empfohlen.

— Vom Auerbergshaus. Aus Zwicau wird geschrieben: Vor einigen Tagen hat das Vereins- oder Zwilauer Zimmer im Auerbergshaus einen neuen Schmuck erhalten, die 2 letzten in die Holzwandverkleidung eingelassenen Wandbilder. Dieselben zeigen wie die erste Zwicauer Ansicht. Auf der einen Tafel ist vom Künstler — Herrn Oberlehrer Lippold hier — das prächtige Stadtbild festgehalten, welches sich dem Besucher von dem Brückenberge aus darbietet und auf der anderen eine Ansicht der Stadt von Oberhöndorf aus. Hierüber ist bei jeder Tafel rechts und links noch ein kleines Bild abgetrennt zu Einzeldarstellungen und als solche sind gewählt: die Muldenwarte und die Bismarcksäule und auf der anderen Tafel der alte „Anker“ und die alte Paradiesbrücke. Die Ausführung der Malerei unter Benutzung der Holzfaser gewissermaßen als Intarsiamitation findet ungeteilten Beifall. Von hochgeschätzter Seite ist bereits wieder ein Anerbieten für einen charakteristischen, höchst passenden und wertvollen Schmuck des Zimmers eingegangen.

— Dresden, 13. Februar. Die 23gliedrige Kommission, welche die neue sächsische Wahlrechtsvorlage vorbereitet, hat, wie wir erfahren, ihre Arbeit derart befördert, daß die Vorlage in der letzten Hälfte des April an das Plenum des Landtages gerichtet wird.

— Leipzig, 12. Februar. Gestern abend wurde auf der Eilenburger Eisenbahn, und zwar in der Nähe von Stütz der 59 Jahre alte Bahnmeister Rudolf Keller aus Ebersfeld beim Rangieren von einer Lokomotive überfahren und auf der Stelle getötet.

— Zwicau. Sogenannte Geldmänner prellten einen Bewohner des Müllengrundes um 1700 Mark.

— Glauchau, 13. Febr. In der Peroldtschen Dampfbleicherei zu Oberlungwitz ist, wie die „Glauchauer Zeitung“ berichtet, heute durch Explosion des Kessels der Feizer getötet und an dem Gebäude großer Schaden angerichtet worden.

— Reichenbach. Ein Riesenkampf in der sächsisch-thüringischen Färbereindustrie in Sicht? Die organisierte Arbeiterschaft im gesamten sächsisch-thüringischen Textilbezirk verlangt durch die Leitung des Deutschen Textilarbeiterverbandes vom Verband der Sächsisch-thüringischen Färbereien und Appreturanstalten ab 15. Februar d. J. die Einführung erhöhter Löhne usw. Arbeiterversammlungen im ganzen Bezirk sollen demnächst über weitere Maßnahmen in Sachen der Bewegung Beschluß fassen, da die Unternehmer von vornherein die Forderungen ablehnten.

— Plauen i. V., 12. Februar. Ein hiesiger Molkereibesitzer erlebte gestern ein Jubiläum eigener Art, seine 250. Befristung wegen Uebertretung in seinem Gewerbebetrieb. Diesmal handelt es sich um eine Geldstrafe von 20 Mk., die ihm auferlegt war, weil er mit Wasser versetzte Vollmilch in Verkauf gebracht hatte.

— Auerbach i. B., 12. Februar. In Gemeinschaft

mit den Stadtvertretungen der Städte Schneeberg und Neustädtel und den Gemeindevorstellungen der Orte Lichtenau, Rothentirchen, Wernesgrün und Rodewisch beabsichtigen Rat und Stadtverordnete unserer Stadt eine Petition an den Landtag zu richten, in der um Erbauung einer normalspurigen Eisenbahn von Schneeberg-Neustädtel nach Auerbach gebeten wird. Diese Verbindung ist im Interesse der lebhaften wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den genannten Ortschaften dringend erwünscht. Auch ist eine raschere Verbindung zwischen Schneeberg, den östlichen Vorort der vogtländisch-erzgebirgischen Spizendindustrie, und der Zentrale dieser Industrie Plauen dringend erforderlich. Jetzt beträgt die Fahrzeit von Schneeberg nach Plauen über 5 Stunden, wobei ein dreimaliges Umsteigen erforderlich ist. Falls die erbetene Bahn erbaut würde, würde die Fahrzeit ca. 2 1/2 Stunden dauern und nur ein einmaliges Umsteigen nötig sein.

— Brand. Der „Freib. Anz.“ schreibt: Nach einer Zeitungsmeldung soll gegen den Gendarmen-Brigadier R. in Brand ein Strafverfahren wegen Meineids eingeleitet und der Beschuldigte bereits verhaftet worden sein. Auf Grund zuverlässiger Informationen können wir dem gegenüber mitteilen, daß die Nachricht von der Verhaftung R.'s vollständig aus der Luft gegriffen ist, daß weiter auch kein Strafverfahren, sondern nur eine Voruntersuchung gegen ihn eingeleitet ist. Ob diese überhaupt zu einem Strafverfahren führen wird, ist noch nicht entschieden.

— Eine wichtige Mitteilung machte der Geh. Kommerzienrat Preibisch in der Mittwochs-Sitzung der Zittauer Handelskammer. Er erklärte, daß in der am 4. Februar in Dresden stattgefundenen sächsischen Eisenbahnratssitzung, an der er teilnahm, in bestimmter Aussicht genommen worden ist, ab 1. Oktober im innern sächsischen Eisenbahnverkehr die 4. Wagenklasse an Sonn- und Festtagen einzuführen.

— Zur Frage der Begünstigung des Boykotts deutscher Waren in Russisch-Polen durch das R. Oesterreichische Handelsmuseum schreibt der Reichstagsabgeordnete Dr. Stresemann der „Voss. Zeitung“ folgendes: In Nr. 65 Ihres geehrten Blattes geben Sie eine Mitteilung der Wiener Neuen Freien Presse bezüglich des Oesterreichischen Handelsmuseums wieder. Darin wird mitgeteilt, daß das R. Oesterreichische Handelsmuseum zum Unterschiede von sämtlichen anderen Korporationen eine Empfehlung derjenigen Ansuchen abgelehnt habe, welche von russisch-polnischen Firmen betr. Verbindungen mit oesterreichischen Firmen an das Oesterreichische Handelsmuseum gelangt seien. Das Handelsmuseum habe lediglich die ihm zugekommenen Nachfragen den betreffenden Firmen übermittelt. Diese Darstellung der Neuen Freien Presse entspricht insofern nicht den Tatsachen, als das R. Oesterreichische Handelsmuseum in einem 4 Seiten langen Zirkular die oesterreichischen Industriellen direkt aufgefordert hat, sich die gegenwärtige Erregung der polnischen Bevölkerung über die Polenvorlage der deutschen Reichsregierung zunutze zu machen, also direkt dazu angestachelt hat, den Boykott deutscher Waren in Russisch-Polen auszunutzen. Da mir dieses Schreiben im Original vorliegt, so wird das R. Oesterreichische Handelsmuseum die Autentizität dieser Kundgebung schwerlich ableugnen können. Wenn in den Darlegungen der Neuen Freien Presse weiter gesagt ist, daß das R. Oesterreichische Handelsmuseum eine freie Korporation darstelle, so ist dies ebenfalls nicht richtig. Nach Dr. W. Wendlandt, „die Forderung des Außenhandels“ wird das R. Oesterreichische Handelsmuseum vom Staate mit 80000 Kronen jährlich subventioniert und sein Direktor wird auf Vorschlag des Handelsministers vom Kaiser ernannt, gegenwärtig wird diese Stellung von einem Sektionsrate des Handelsministeriums wahrgenommen. Wendlandt nennt das R. Oesterreichische Handelsmuseum eine Gesellschaft, auf deren Leitung und Verwaltung der Staat wesentlichen Einfluß hat. Jedemfalls ist das Handelsmuseum, wenn kein offizielles, so doch zum mindesten ein offizielles Institut, was auch äußerlich aus der Führung seines Namens und des Doppeladlers auf seinen Briefschaften hervorgeht, es hätte daher auch umsomehr Veranlassung, diejenigen Rücksichten zu nehmen, welche in dem Verkehr mit befreundeten und verbündeten Regierungen üblich sind.

— Eine wichtige Entscheidung gegen den Anzeigen-Nachdruck gewisser Zeitungen faßte das Landgericht Altenburg in einer Berufungssache. Die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker, Stein drucker und verwandte Gewerbe“ nennt das Urteil noch weitergehend als das vor einigen Jahren vom Freiburger Landgericht in gleicher Angelegenheit erlassene. Das Altenburger Landgericht hat einen Zeitungsverleger nicht nur dazu verurteilt, den Abdruck